

Rat der Hansestadt Buxtehude

Wahlperiode 2016 - 2021

PROTOKOLL

24. Sitzung des Rates

Tag: 13.07.2020
Beginn: 19:04 Uhr
Ende: 22:04 Uhr
Ort: IGS Pausenhalle, Hansestr. 15, 21614 Buxtehude

Anwesende Mitglieder

Ratsmitglieder

Frau Katja Oldenburg-Schmidt - Bürgermeisterin
Herr Christian Krüger - SPD
Frau Christel Lemm - SPD
Frau Petra Möhle - CDU
Frau Astrid Bade - SPD
Frau Arnhild Biesenbach - CDU
Herr Heinrich Bröhan - CDU außer TOP 1 und 2 nö. T.
Frau Birgit Butter - CDU
Herr Jochen Dammann - SPD außer TOP 15 und 16 ö. T.
Herr Ulrich Felgentreu - B 90/Die Grünen
Herr Nick Freudenthal - SPD
Herr Michael Gerkens - B 90/Die Grünen
Herr Niels Großkreutz - SPD
Herr André Grote - FDP
Herr Maik Julitz - AfD außer TOP 11 und 12 ö. T., bis 21.15 Uhr
Herr Robert Kamprad - CDU
Herr Bodo Klages - BBG/FWG
Frau Franziska Knoefel - SPD
Herr Benjamin Koch-Böhnke - DIE LINKE
Frau Sylvia Köhnken - CDU
Herr Klemens Kowalski - DIE LINKE
Herr Alexander Krause - CDU ab 19:06 Uhr, TOP 2 ö. T.
Herr Thomas Lange - B 90/Die Grünen
Herr Michael Lemke - B 90/Die Grünen
Frau Anke Lindszus - AfD
Herr Bernd Luge - AfD
Frau Dörte Matthies - FDP
Frau Susi Milewski - CDU

Herr Ismet Özgün - SPD
Herr Alexander Paatsch - SPD
Herr Wilfried Peper - BBG/FWG
Frau Bettina Priebe - B 90/Die Grünen
Herr Olaf Riesterer - CDU
Frau Dr. Beate Rothe - B 90/Die Grünen
Herr Stefan Schilling - CDU
Herr Horst Subei - SPD
Herr Thomas Sudmeyer - SPD
Herr Helmut Wiegers - AfD

Verwaltung

Herr Michael Nyveld - Erster Stadtrat
Herr Ralf Dessel - Fachbereichsleiter
Frau Gabi Schnackenberg - Gleichstellungsbeauftragte
Herr Frank Thomas - Produktverantwortlicher zugl. Protokollführer
Frau Martina Hassenpflug - Verwaltungsmitarbeiterin
Herr Stefan Riccius - Verwaltungsmitarbeiter

Aus den Ortschaften:

Herr Rolf Marquardt - Ortsvorsteher Ovelgönne/ Ketzen-
dorf
Herr Helmut Matthes - Ortsvorsteher Ottensen

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner
3. Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der 23. Sitzung vom 10.03.2020
4. Umbesetzung von Gremien
5. Personalsituation in der Fachgruppe 65 (Gebäude- und Grundstücksbewirtschaftung); Bereitstellung einer zusätzlichen Einsatzstelle
6. Ausführung des Stellenplans 2020
7. Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen Dritter in Höhe von über 2.000,00 €; 2020-02

8. Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Sanierung der Elektroinstallati-
onen - GS Harburger Straße
9. Aufforderung zum Erlass einer Haushaltssperre; Antrag der AfD-Fraktion vom 18.05.2020
10. Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung von Verwendungsnachweisen des
Altstadtvereins Buxtehude e. V.
11. Änderung der Feuerwehrsatzung und der Entschädigungssatzung
12. Personalangelegenheiten der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude
13. Climate Emergency; Antrag DIE LINKE.Fraktion vom 29.05.2019
14. "2030 -Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestal-
ten".
15. Bebauungsplan Nr. 107 "Gewerbegebiet West"; Abwägungsbeschluss und Satzungsbe-
schluss
16. Änderung der Gemeindegrenze in Teilbereichen zwischen der Hansestadt Buxtehude, Ge-
markung Dammhausen und der Gemeinde Jork-Ladekop; Hier: Anpassung des Gemeindegrenzverlaufes an die örtlichen Gegebenheiten im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens gem.
§ 58 FlurbG der A 26.
17. Temporäre Änderung der Entschädigungssatzung für Ratsfrauen, Ratsherren und ehrenamt-
lich tätige Personen; Antrag der AfD-Fraktion vom 15.04.2020
18. Kostenfreier Busverkehr für die Bürgerinnen und Bürger Buxtehudes; Antrag der Fraktion
DIE LINKE vom 04.01.2020
19. Vergnügungssteuersatz ab 01.01.2020; Behandlung einer Beschwerde gemäß § 34 NKomVG
20. Mitteilungen der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten
21. Behandlung von Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ratsvorsitzende, Herr Krüger, eröffnet den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Rates der Hansestadt Buxtehude um 19:04 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Rat bei insgesamt 37 anwesenden Ratsmitgliedern beschlussfähig ist.

zu 2 Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner

Ein Einwohner stellt die Frage, ob es möglich ist, im Stadthaus Unterschriftenlisten zum Volksbegehren „Artenschutz“ zur Abholung auszulegen. Herr Dessel erläutert, dass hierzu keine grundsätzliche Aussage getroffen werden kann und dieses jeweils im Einzelfall rechtlich geprüft werden muss. Er sichert eine entsprechende Prüfung zu und wird dem Fragesteller kurzfristig eine verbindliche Antwort zukommen lassen.

Eine andere Einwohnerin fragt, ob es möglich ist, die Fragestunde zum Tagesordnungspunkt 13 „Climate Emergency“ nochmals zu eröffnen, da einige anwesende Zuhörende speziell zu diesem Thema Fragen stellen möchten. Aus der Mitte des Rates werden Bedenken hiergegen nicht geäußert, sodass entsprechend verfahren werden kann.

Herr Krause nimmt ab 19.06 Uhr an der Sitzung teil. Es sind 38 Ratsmitglieder anwesend.

zu 3 Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der 23. Sitzung vom 10.03.2020

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der 23. Sitzung des Rates der Hansestadt Buxtehude am 10.03.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 4 Enthaltungen

zu 4 Umbesetzung von Gremien
Vorlage: 2020/131

Beschluss:

Nach § 71 Abs. 5 NKomVG werden folgende Besetzungen von Gremien festgestellt:

1. Auf Vorschlag der FDP/BBG/FWG-Gruppe wird

a) Herr Wilfried Peper anstelle von Frau Dörte Matthies Mitglied im Verwaltungsausschuss,

b) Frau Dörte Matthies anstelle von Herrn Wilfried Peper stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsausschuss,

c) Herr Horst Lilienthal anstelle von Herrn Nicolas Issendorf hinzugewähltes Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Ortschaftsangelegenheiten und Umweltschutz.

2. Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wird Herr Heinrich Bröhan anstelle von Herrn Alexander Krause Mitglied im Bau- und Liegenschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Wie im Sachverhalt zur Verwaltungsvorlage Nr. 2020/131 erwähnt, hat die Fraktion B 90/Die Grünen mitgeteilt, dass Herr Lemke anstelle von Frau Priebe den Vorsitz im Ausschuss für Soziales, Wohnen und Senioren übernimmt. Die Funktion der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden nimmt Frau Priebe wahr. Auf Anregung von Herrn Krüger nimmt der Rat dieses zur Kenntnis.

zu 5 Personalsituation in der Fachgruppe 65 (Gebäude- und Grundstücksbewirtschaftung); Bereitstellung einer zusätzlichen Einsatzstelle
Vorlage: 2020/102

Beschluss:

Im Vorgriff auf den Stellenplan 2021 wird mit sofortiger Wirkung für die Fachgruppe 65 (Gebäude- und Grundstücksbewirtschaftung) eine zusätzliche Einsatzstelle einer Technischen Sachbearbeiterin bzw. eines Technischen Sachbearbeiters nach Entgeltgruppe 11 TVöD bereitgestellt.

Die erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel für die ggf. ab 2021 entstehenden Personalkosten sind jeweils in den kommenden Haushaltsjahren einzuwerben.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 31

Nein- Stimmen: 4

Enthaltungen: 3

zu 6 Ausführung des Stellenplans 2020
Vorlage: 2020/067

Beschluss:

In Ausführung des Stellenplans 2020 wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Sachbearbeiterin der Fachgruppe 10 (Organisation und Personal), Frau Marei Buckow, von der Stadtoberinspektorin zur Stadtamtfrau befördert.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 34
Nein- Stimmen: 4

zu 7 Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen Dritter in Höhe von über 2.000,00 €;
2020-02
Vorlage: 2020/130

Beschluss:

Die Annahme der in der Anlage zur Vorlage Nr. 2020/130 aufgeführten Zuwendungen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 34
Nein- Stimmen: 4

zu 8 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Sanierung der Elektro-
installationen - GS Harburger Straße
Vorlage: 2020/113

Beschluss:

Gemäß § 117 NKomVG wird der Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung bis zur Höhe von 180.000 EUR bei der Buchungsstelle 3.65.03.211.i19 /787130 „Sanierung GS Harburger Straße“ für das Haushaltsjahr 2020 zugestimmt.

Zur Deckung können die aus 2019 übertragenen Haushaltsreste für die Sanierung GS Altkloster herangezogen werden:

- 180.000 EUR aus der Buchungsstelle 3.65.03.211i10 / 787112 „Sanierung GS Altkloster“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 9 **Aufforderung zum Erlass einer Haushaltssperre; Antrag der AfD-Fraktion vom 18.05.2020**
Vorlage: 2020/091

Frau Lindszus begründet für die AfD-Fraktion den Antrag vom 18.05.2020. Nach den aktuellen Steuerschätzungen werden die Kommunen einen deutlichen Einnahmeausfall hinnehmen müssen, der einschneidende haushaltsrechtliche Maßnahmen erfordert. Es muss mit Einsparungen auf die Mindereinnahmen reagiert werden. Ein Ansatz ist für die AfD-Fraktion die Überprüfung von freiwilligen Aufgaben sowie auch im Bereich der Personalkosten. Neueinstellungen und Höhergruppierungen sind nach Ansicht von Frau Lindszus in der aktuellen Situation nicht angebracht. Ausdrücklich ausgenommen von einer Haushaltssperre sollten bestimmte Maßnahmen sein, die in dem Antrag vom 18.05.2020 explizit aufgeführt sind.

Herr Freudenthal weist darauf hin, dass die von der AfD-Fraktion vorgebrachten Argumente die Finanzsituation der Hansestadt Buxtehude nicht richtig darstellen und es derzeit keinen Grund gibt, die Haushaltssituation wie in dem Antrag dargestellt, zu dramatisieren. Er bezieht sich dabei auf aktuelle Zahlen, die u. a. im Finanzstatusbericht der Verwaltung in der letzten Fachausschusssitzung nachvollziehbar dargestellt wurden. Außerdem wurde durch die aktuelle Gesetzgebung des Bundes und des Landes ein guter Beitrag geleistet, den Kommunen finanziell zu helfen. Aus diesem Grund sollte der Antrag der AfD-Fraktion abgelehnt werden.

Im Rahmen der sich anschließenden umfangreichen Diskussion, in der z. T. zur globalen Finanzsituation in Deutschland und darüber hinaus Stellung genommen wird, beantragt Herr Lange, eine sachliche Diskussion zur Haushaltsthematik der Hansestadt Buxtehude zu führen. Eine Abstimmung über den Antrag erfolgt nicht. Die an der Diskussion beteiligten Ratsmitglieder machen jeweils für ihre Fraktion deutlich, dass der Antrag aus sachlichen Gründen abgelehnt wird.

Frau Lindszus stellt in einer persönlichen Erklärung klar, dass der von einigen Diskussionsteilnehmern gemachte Vorwurf, sie hätte von geschönten Zahlen durch die Verwaltung gesprochen, nicht zutreffend ist.

Die Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion vom 18.05.2020 ergibt 4 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu 10 **Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung von Verwendungsnachweisen des Altstadtvereins Buxtehude e. V.**
Vorlage: 2020/042

Beschluss:

Das Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Buxtehude wird damit beauftragt, die Verwendungsnachweise des Altstadtverein Buxtehude e.V. bezüglich der im Sachverhalt zur Verwaltungsvorlage Nr. 2020/042 genannten stadtmakingrelevanten Veranstaltungen zu prüfen. Gleiches wird für Förderungen in Folgejahren beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 11 Änderung der Feuerwehrsatzung und der Entschädigungssatzung
Vorlage: 2020/034

Herr Julitz nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkten 11 und 12 nicht teil. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Beschluss:

1. Die der Verwaltungsvorlage Nr. 2020/034 als Anlage 1 beigefügte „3. Änderungssatzung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude“ wird vom Rat der Hansestadt Buxtehude beschlossen.
2. Die der Verwaltungsvorlage Nr. 2020/034 als Anlage 3 beigefügte „6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Buxtehude über die Gewährung von Entschädigungen an Ratsfrauen und Ratsherren und ehrenamtlich tätige Personen vom 25.06.2001“ wird vom Rat der Hansestadt Buxtehude beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 12 Personalangelegenheiten der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude
Vorlage: 2020/035

Beschluss:

1. Der Ortsbrandmeister Rolf-Heinrich Heckert wird von seiner Tätigkeit als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Dammhausen der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude entbunden und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis entlassen.

Aufgrund seiner langjährigen Verdienste um das Feuerlöschwesen der Ortsfeuerwehr Dammhausen der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude wird Herr Rolf-Heinrich Heckert zum Ehrenortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude ernannt.
2. Der Ortsbrandmeister Jürgen Meyer wird von seiner Tätigkeit als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Buxtehude der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude entbunden und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis entlassen.

Aufgrund seiner langjährigen Verdienste um das Feuerlöschwesen der Ortsfeuerwehr Buxtehude der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude wird Herr Jürgen Meyer zum Ehrenortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude ernannt.
3. Der stellvertretende Stadtbrandmeister Hans-Jürgen Neumann wird von seiner Tätigkeit als stellvertretender Stadtbrandmeister der Hansestadt Buxtehude entbunden und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis entlassen.
4. Unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamte der Hansestadt Buxtehude werden ernannt:

- a. Herr Horst Meyer erneut zum Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude bis zum Ablauf des Monats, in dem das 67. Lebensjahr vollendet wird (31.05.2023).
 - b. Herr Jan Durhack erstmalig zum stellvertretenden Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude für die Dauer von 6 Jahren.
 - c. Herr Nils Krugmeier erstmalig zum stellvertretenden Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Buxtehude für die Dauer von 6 Jahren.
5. Unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamte der Hansestadt Buxtehude werden ernannt:
- a. Herr Dennis Rathjen erstmalig zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Dammhausen für die Dauer von 6 Jahren.
 - b. Herr Rico Inauen erneut zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Daensen für die Dauer von 6 Jahren.
 - c. Herr Dennis Rohde erneut zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Daensen für die Dauer von 6 Jahren.
 - d. Herr Sebastian Hinsen erstmalig zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Buxtehude für die Dauer von 6 Jahren.
 - e. Herr Günter Meyer erneut zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Neukloster für die Dauer von 6 Jahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 13 **Climate Emergency; Antrag DIE LINKE.Fraktion vom 29.05.2019**
Vorlage: 2019/132-2

Herr Koch-Böhnke begründet ausführlich den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29.05.2019 und die Dringlichkeit, den Klimanotstand auszurufen. Dieses hätte bereits mit einem Beschluss des Rates in der Sitzung am 10.03.2020 geschehen sollen. Leider ist der TOP auf Initiative der Bürgermeisterin hin von der Tagesordnung abgesetzt worden. Bei dem jetzt zur Abstimmung stehenden Antrag handelt es sich bereits um einen Kompromiss gegenüber dem Wortlaut des ursprünglichen Antrages, der jedoch im Fachausschuss so empfohlen wurde. Herr Koch-Böhnke erläutert, dass bereits zahlreiche, z. T. auch große Städte, den Klimanotstand ausgerufen haben, um auf die Dringlichkeit der Klimaproblematik und die Auswirkungen des menschlichen Handelns auf das Klima aufmerksam zu machen. Es besteht seiner Meinung nach großer Handlungsbedarf. Die bisherigen Maßnahmen und Planungen auf allen Ebenen werden nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Um dieses Ziel noch erreichen zu können, braucht es mutige Entscheidungen auf allen Ebenen. Buxtehude sollte daher jetzt unbedingt auch ein Zeichen setzen. Herr Koch-Böhnke verdeutlicht dieses an seiner Auffassung nach konkreten Beispielen für die Hansestadt Buxtehude. In Buxtehude formuliert das Klimaschutzkonzept viele wichtige und richtige Ziele. Die Umsetzung der darin beschriebenen Maßnahmen müssen aber nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE deutlich beschleunigt werden.

Herr Grote erläutert, dass die FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird, da dieser seiner Meinung nach einen zu inhaltslosen Charakter hat. Statt sich in langen Diskussionen und Appellen zu verlieren, sollte aktiv gehandelt werden. Aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion mehrere Baumsetzlinge als symbolische Aufforderung dazu mitgebracht,

vermehrt Bäume zu pflanzen. Die mitgebrachten Bäume werden an die Verwaltung und die übrigen Fraktionen übergeben. Herr Grote schildert hierzu, welche positive Umweltbilanz ein gepflanzter Baum hinsichtlich der Bindung von CO² erzeugt.

Frau Bade macht deutlich, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen wird. Wenn sich eine Kommune entschließt, den Klimanotstand auszurufen, entstehen dadurch keine Verpflichtungen. Es ist eine freiwillige Selbstverpflichtung. Wenn der Klimanotstand festgestellt wird, dann muss aber auch mehr getan werden, als es nur zu beschließen. Aus dem Grund ist es nach Ansicht von Frau Bade gut, den Klimanotstand zusammen mit der Vorlage Nr. 2020/090 (2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung) als Gesamtpaket zu sehen. Sie spricht in diesem Zusammenhang ihren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung aus, die an der bisherigen Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes gearbeitet und die Erfolge für die Hansestadt Buxtehude erzielt haben.

Herr Lemke erläutert die Zustimmung der Fraktion B 90/Die Grünen zu dem Antrag.

Um den Klimanotstand entgegen zu wirken, muss die Energiewende auf oberste Priorität gesetzt werden. Sämtliche Maßnahmen müssen zukünftig auf ihre Klimabilanz überprüft werden. Mit dem Ausrufen des Klimanotstands macht die Hansestadt Buxtehude das Thema Klimaschutz präsent und signalisiert den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie etwas unternimmt, gerade auch um den künftigen Generationen die gleichen Möglichkeiten zu bieten wie jetzt. Es geht hier um einen symbolischen Akt mit einem Signal an die Menschen, die in Buxtehude leben.

Frau Biesenbach verdeutlicht, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Sie spricht sich eindeutig für einen aktiven Klimaschutz aus, der gezielte Handlungen benötigt. Dafür bräuchte es allerdings nicht den Begriff „Klimanotstand“. Die Hansestadt Buxtehude arbeitet kontinuierlich am Klimaschutz und hat schon viele Fortschritte gemacht. Dieses belegt u. a. die Auszeichnung im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitspreises 2019 sowie die aktuelle Nominierung für 2021. Von den übrigen Diskussionssteilnehmern der CDU-Fraktion wird ergänzt, dass es richtig ist, ein Zeichen für die Umwelt und nachhaltiges Handeln zu setzen. Der Antrag ist argumentativ allerdings zu oberflächlich. Es fehlt u. a. die Begründung, warum bisherige und anstehende umweltpolitische Maßnahmen nicht ausreichend sind und in welchen Bereichen die Hansestadt Buxtehude noch Nachholbedarf hat. Wer den Klimanotstand nicht nur als symbolischen Akt begreift, sondern ihm tatsächlich jegliches städtisches Handeln kompromisslos unterordnet, kann sich gegenwärtig z. B. nicht gleichzeitig für bezahlbaren Wohnungsbau aussprechen.

Herr Klages erläutert, dass die BBG/FWG-Fraktion gegen den Antrag stimmen wird, weil dieser aus Sicht seiner Fraktion zu plakativ und zu wenig konkret hinsichtlich der Umsetzung von gezielten Maßnahmen ist. Unabhängig davon betont er, dass die Verwaltung bereits vielfältige Aktivitäten erfolgreich initiiert hat.

Herr Wiegers erklärt, dass die AfD-Fraktion den Antrag ebenfalls ablehnen wird. Von Herrn Julitz wird ergänzend dargelegt, dass es nach Ansicht seiner Fraktion einen menschengemachten Klimawandel nicht gibt. Dieser würde von bestimmten politischen Kräften initiiert. Von ihm werden in diesem Zusammenhang die in der Presse dramatisierten CO²-Konzentrationen angezweifelt bzw. relativiert.

Herr Krause stellt im Laufe der Diskussion den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Herr Krüger eröffnet, wie unter TOP 2 im öffentlichen Teil festgelegt, erneut die Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner. Frau Lindszus beantragt, die Redezeit der einzelnen Personen, die sich an der Fragestunde beteiligen, auf zwei Minuten zu begrenzen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Ein Einwohner stellt an die CDU-Fraktion gerichtet die Frage, ob es tatsächlich ernst gemeint ist, das wir uns nicht in einer Notsituation zum Klima befinden. Eine Antwort hierauf wird in der Sitzung nicht gegeben.

Eine andere Einwohnerin richtet an den Rat die Frage, aus welchen Gründen der Klimaschutz in Buxtehude als etwas „Radikales“ angesehen wird. Warum stellt sich ein Teil des Rates gegen die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen?

Von einer weiteren Einwohnerin wird auf das Erfordernis zum Ausrufen des Klimanotstandes hingewiesen um zu akzeptieren, dass wir vor einem Problem stehen und es wird folgende Frage gestellt: Woher nehmen Sie (der Rat) die Zeit, für die Hansestadt Buxtehude und für die nächsten Generationen den Klimanotstand zu ignorieren?

Herr Freudenthal, Herr Koch-Böhnke und Herr Paatsch äußern ihr Unverständnis, dass keine Antworten von den angesprochenen Fraktionen gegeben werden und bitten die Zuhörenden, dieses entsprechend einzuordnen.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, eröffnet Herr Krüger wieder die Diskussion, indem er die bereits angezeigten Wortmeldungen, die vor dem angenommenen Geschäftsordnungsantrag zugelassen wurden, aufruft.

Herr Paatsch weist darauf hin, dass nach den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen die Annahme des Antrages vermutlich scheitern wird, weil ein Ratsmitglied der Fraktion B 90/Die Grünen entschuldigt an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Er fordert die Antragsgegner auf, ebenfalls auf eine Stimme zu verzichten, um die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse nicht zu verfälschen.

Frau Oldenburg-Schmidt erläutert, dass für sie die Ausrufung des Klimanotstandes nicht ausreichend ist. Sie befürchtet, dass dadurch die Diskussion auf eine CO²-Reduzierung begrenzt wird. Es kommt ihrer Meinung nach darauf an, dass konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Zurückblickend ist festzustellen, dass Buxtehude in dieser Hinsicht schon eine ganze Menge unternommen hat. Bisher wurde eine überwiegend emotionale Diskussion geführt und nicht über Inhalte gesprochen. Es wurde kein konkreter Handlungsvorschlag unterbreitet. Nach Auffassung von Frau Oldenburg-Schmidt muss das wichtige Thema Klima- und Umweltschutz in eine Gesamt-Nachhaltigkeitsstrategie der Hansestadt einmünden. Neben dem Bereich des Klima- und Umweltschutzes sind Ökologie und Soziales ergänzende Säulen. Die 17 Nachhaltigkeitsziele sind hierbei nicht nebeneinander zu stellen und einzeln umzusetzen. Es muss vielmehr ein Diskurs darüber stattfinden, welche Ziele man für Buxtehude verfolgen will. In diesen Diskurs muss unbedingt die Stadtgesellschaft eingebunden werden. Dabei auftauchende Zielkonflikte müssen erörtert werden. Der Beschluss zu der von ihr vorgelegten Vorlage gem. TOP 14 wird hierzu hilfreich sein. Frau Oldenburg-Schmidt wird daher dem Antrag nicht zustimmen.

Beschluss:

(Beschlusstext des modifizierten Antrages aus Antragsvorlage 2019/132:

Der Rat der Hansestadt Buxtehude schließt sich der Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency an.

Die Verwaltung wird gebeten, Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept, die vorgezogen werden können, vorzuschlagen und vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 19

Nein- Stimmen: 19

Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu 14 "2030 -Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten". Vorlage: 2020/090

Frau Oldenburg-Schmidt erläutert die Verwaltungsvorlage und nimmt darüber hinaus Bezug auf die Diskussion zum vorangegangenen TOP (Climate Emergency). Durch die Mitzeichnung der Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklung – wird ein weiteres Zeichen in Richtung nachhaltige Kommune gesetzt. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Nominierung zum Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2021 und sieht darin eine Bestätigung der zurückliegenden Arbeit. Dabei unterstreicht Frau Oldenburg-Schmidt die Zusammenarbeit mit der Stadtgesellschaft, den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch vielen Vereinen, Initiativen und Verbänden. Ihnen allen gebürt der Dank und die Nominierung ist als Zeichen der Anerkennung zu werten.

Nach Ansicht von Frau Oldenburg-Schmidt sind im Rahmen der zukünftigen Nachhaltigkeitsstrategie die Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales als Kompass zu sehen. Zielkonflikte daraus müssen politisch und gesellschaftlich diskutiert werden.

Die Fraktion B 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 07.07.2020 (sh. Vorlage Nr. 2020/090-2) einen Antrag gestellt, der eine Änderung der ursprünglichen Vorlage Nr. 2020/090 vorsieht. Herr Lange erläutert, dass beantragt wird, einige Passagen in der Begründung (Sachverhalt) zu kürzen. Die Fraktion B 90/Die Grünen unterstützt selbstverständlich die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) der UN uneingeschränkt. Deshalb wird grundsätzlich auch befürwortet, der Resolution beizutreten. Nach Ansicht der Fraktion B 90/Die Grünen sollte der Sachverhalt auf folgenden Text beschränkt werden:

„Am 25. September 2015 haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel in New York die sogenannte Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung beschlossen. Kernelement der Agenda 2030 sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die im Rahmen des Aktionsplans konkrete und überprüfbare Zielsetzungen für eine nachhaltige Entwicklung vorgeben. In Zusammenarbeit mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) haben der Deutsche Städtetag (DST) und die deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) die Musterresolution entwickelt. Mit der Unterzeichnung dieser Musterresolution können sich deutsche Kommunen zu einer nachhaltigen Entwicklung vor

Ort und weltweit bekennen und signalisieren, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen ergreifen. Der Text der Musterresolution ist als Anlage beigefügt.“

Die übrigen Bestandteile des Sachverhalts sollten gestrichen werden. Herr Lange ist der Auffassung, dass gerade die Ausrufung des Klimanotstandes keine isolierte Ausrichtung kommunalen Handelns ausschließlich auf den Klimaschutz, mit der Fokussierung auf die CO²-Bilanzierung, wie in Vorlage dargelegt, darstellt. Daher ist es seiner Meinung nach auch nicht zutreffend, dass der Antrag nach TOP 13 nicht ergänzend oder parallel zu dieser Resolution verabschiedet werden kann.

Herr Koch-Böhnke sieht die bisherige Berücksichtigung von Nachhaltigkeitszielen durch die Hansestadt Buxtehude kritisch. Er macht dieses Anhand einzelner SDG's deutlich. Insbesondere im Bereich des sozialen Wohnungsbaus sowie im ÖPNV sieht er besondere Defizite. Positive Beispiele sind seiner Meinung nach in der Regel aufgrund politischer Anträge wie z. B. „Mayors for Peace“ oder „Seebrücke“ zustande gekommen. Herr Koch-Böhnke hält es für erforderlich, dass in Falle der Annahme der Resolution die Nachhaltigkeitsziele auch konkret bei allen städtischen Handlungen ernst genommen werden.

Frau Biesenbach weist auf die besondere Bedeutung der Vorlage Nr. 2020/090 hin und geht dabei auf die Vorgeschichte dazu ein. 2018 wurde der Hansestadt Buxtehude als eine von drei Kommunen mittlerer Größe für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis nominiert, dessen Grundlage u. a. der Klimaschutz war. Sie zitiert hierzu aus der Begründung der Jury, die diese Aussage belegt. Die Hansestadt Buxtehude ist ausgezeichnet worden für Maßnahmen, Entwicklungen und Strategien, wie dieses Thema angegangen wird. Als konkrete Beispiele hierfür nennt Frau Biesenbach das Quartierskonzept Stieglitzweg sowie die Präventionsarbeit. Die Politik ist jetzt gefordert, alle Maßnahmen zu überprüfen, ob diese wirklich nachhaltig sind und wenn davon abgewichen wird, zu belegen, aus welchen Gründen dieses geschehen ist. Außerdem ist eine Priorisierung in die einzelnen Ziele zu bringen. Die CDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Frau Biesenbach dankt im Namen des Rates dem ganzen Team der Stadtverwaltung, die diesen Erfolg sowie auch die Nominierung für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2021 ermöglicht haben.

Frau Oldenburg-Schmidt macht deutlich, dass grundsätzlich die Begründung einer Vorlage nicht zur Abstimmung steht. Allerdings ist es ihr wichtig, eine breite Zustimmung für diese Vorlage zu erhalten. Ihre Position zum Klimanotstand sei klar. Dennoch stimmt sie der Streichung der Passagen zum Klimaschutz aus der Vorlage zu, um Mitgliedern der Fraktion B 90/Die Grünen Gelegenheit zur Zustimmung zu geben.

Frau Oldenburg-Schmidt richtet nochmals den Appell an die Jugendlichen der Initiative „Fridays for Future“, weiter aktiv an der Thematik der Nachhaltigkeit mitzuarbeiten, auch wenn momentan vielleicht die Enttäuschung über die Ablehnung des Antrages zum Klimanotstand überwiegt.

Herr Julitz verlässt die Sitzung um 21.15 Uhr. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Im Verlauf der weiteren Diskussion, an der sich Frau Bade, Herr Krause, Herr Lemke, Herr Wiegers und Frau Butter beteiligen stellt Frau Möhle den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen. In der Diskussion werden unterschiedliche Auffassungen zum richtigen Umgang mit dem

Thema Nachhaltigkeit und der Bedeutung der Umsetzung der SDG's dargelegt. Herr Kowalski erklärt, dass er sich an der Abstimmung zur Vorlage nicht beteiligen wird, weil er die Befürchtung hat, dass sich verschiedene Ratsmitglieder bei künftigen Entscheidungen nicht ausreichend mit den Nachhaltigkeitszielen auseinandersetzen werden.

Herr Nyveld weist darauf hin, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auch im Bereich des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit sehr engagiert sind. Das Erreichen der Ziele ist aber nur gemeinsam mit dem Rat möglich, auch wenn es hier in der Diskussion unterschiedliche Meinungen gibt. Es muss aber ein Konsens erzielt werden, um dann die Stadtgemeinschaft auf diesen Weg mitnehmen zu können. Herr Nyveld weist in diesem Zusammenhang die insbesondere von der Fraktion DIE LINKE geäußerte Kritik an der nicht ausreichenden Umsetzung von Projekten mit Nachhaltigkeitscharakter zurück. Gerade unter der Regie der Bürgermeisterin sind Projekte, wie beispielsweise das FaBiZ umgesetzt worden, die mehrfach ausgezeichnet wurden. Im Bereich der Grundstückbewirtschaftung hat ein Umdenken stattgefunden hin zu einer eigenständigen Entwicklung von Wohnquartieren. Das hat dazu geführt, das Thema „Wohnen“ ganz anders anzugehen. In Buxtehude haben z. B. wegen der Sondersituation der Kosten der Unterkunft gerade diejenigen Personen eine Chance auf hochwertigeren Wohnraum, die sozial nicht so gut gestellt sind. Das sind alles konkrete Beispiele, die das Herangehen an die großen Herausforderungen der Hansestadt Buxtehude zur Nachhaltigkeit belegen.

Herr Koch-Böhnke stellt einen Antrag zur GO zur Richtigstellung einer Aussage. Er stellt klar, dass er die Aussage getätigt hat, dass wir insgesamt in Deutschland nicht weit genug sind in Sachen Klima-, Nachhaltigkeits- und Sozialpolitik und es in den Bereichen einen Nachholbedarf gibt. Er hat in diesem Zusammenhang nicht die Arbeit von städt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kritisiert, die seiner Meinung nach eine gute Arbeit machen.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Buxtehude beschließt die Mitzeichnung der Resolution – „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 33

Nein- Stimmen: keine

Enthaltungen: 3

Herr Kowalski hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

zu 15 **Bebauungsplan Nr. 107 "Gewerbegebiet West"; Abwägungsbeschluss und Satzungsbeschluss**
Vorlage: 2020/079

Herr Dammann nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkten 15 und 16 nicht teil. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

Beschluss:

1. Die in den Abschnitten 8.2 und 8.3 der Anlage B-2020/079 zur Verwaltungsvorlage Nr. 2020/079 aufgeführte Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und sonstigen

Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 sowie Abs. 3 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 107 „Gewerbegebiet West“ wird beschlossen.

2. Gemäß § 10 BauGB wird der Bebauungsplan Nr. 107 „Gewerbegebiet West“ als Satzung und die Begründung einschließlich Umweltbericht gemäß Anlagen A-2020/079 und B-2020/079 zur Verwaltungsvorlage Nr. 2020/079 beschlossen.
3. Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 107 „Gewerbegebiet West“ treten die Festsetzungen des bisher geltenden Bebauungsplanes „Durchführungsplan für die Bebauung des Geländes zwischen Stader und Apensener Straße Nr. 01“ außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 16 **Änderung der Gemeindegrenze in Teilbereichen zwischen der Hansestadt Buxtehude, Gemarkung Dammhausen und der Gemeinde Jork-Ladekop; Hier: Anpassung des Gemeindegrenzverlaufes an die örtlichen Gegebenheiten im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens gem. § 58 FlurbG der A 26.**
Vorlage: 2020/057

Beschluss:

Die Änderung der Gemeindegrenzen zwischen der Hansestadt Buxtehude, Gemarkung Dammhausen und der Gemeinde Jork, Gemeinde Ladekop, wird wie folgt beschlossen:

1. Im laufenden Flurbereinigungsverfahren Buxtehude ist die Gemeindegrenze zwischen den Gemeinden Buxtehude und Jork im Übergangsbereich der BAB A 26, Gemarkungen Buxtehude, Flur 10 und Ladekop, Flur 4 geringfügig zu ändern und an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen.
2. Im Kreuzungsbereich BAB A 26 /K 26 (Gemarkung Ladekop, Flur 6 und Gemarkung Dammhausen, Flur 2) wird der Gemeindegrenzverlauf an die örtlichen Gegebenheiten angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 17 **Temporäre Änderung der Entschädigungssatzung für Ratsfrauen, Ratsherren und ehrenamtlich tätige Personen; Antrag der AfD-Fraktion vom 15.04.2020**
Vorlage: 2020/059

Herr Wiegers begründet den Antrag der AfD-Fraktion vom 15.04.2020. Nach Ansicht seiner Fraktion sollten auch die Ratsfrauen und Ratsherren einen solidarischen Beitrag leisten, um die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise zu mindern.

Der Antrag wird von den übrigen Fraktionen abgelehnt. Herr Schilling appelliert hierzu an die Freiwilligkeit des Verzichts von Leistungen und regt an, entsprechende andere Möglichkeiten, wie beispielsweise die Buxtehude-Stiftung, zu nutzen.

Herr Wiegers weist nochmals darauf hin, dass mit dem Antrag nur die Kürzung der Aufwandsentschädigungen für die Ratsfrauen und Ratsherren gemeint sind, nicht die Entschädigungen anderer ehrenamtlicher Personen, z. B. der Freiwilligen Feuerwehr.

Die Abstimmung zu dem Antrag der AfD-Fraktion ergibt 3 Ja-Stimmen und 34 Nein-Stimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu 18 Kostenfreier Busverkehr für die Bürgerinnen und Bürger Buxtehudes; Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 04.01.2020
Vorlage: 2020/010

Herr Koch-Böhnke begründet den Antrag vom 04.01.2020 und nimmt dabei u. a. Bezug auf andere Kommunen, die einen kostenfreien Busverkehr bereits eingeführt haben. Er hält den Prüfauftrag für realistisch und vor dem Hintergrund der Entscheidung zum Beitritt der Resolution, Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene zu gestalten, auch für gerechtfertigt. Ziel sollte sein, eine Verkehrswende für Buxtehude herbeizuführen.

Herr Lemke erläutert, dass der Antrag grundsätzlich von der Fraktion B 90/Die Grünen begrüßt wird, aber für zu umfänglich eingeschätzt wird. Er formuliert daher folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob ein kostenloser Busverkehr überhaupt organisatorisch umgesetzt werden könnte und zu ermitteln, wie viel es kostet, wenn beispielsweise der Sonnabend kostenlos angeboten würde.

Herr Krause erläutert, dass die Thematik bereits vor einigen Jahren im Rahmen eines Work-Shops mit der KVG mit dem Ergebnis erläutert wurde, dass ein solches Vorhaben nicht umsetzbar ist. Unabhängig davon sollte die Verwaltung von derartigen Prüfaufträgen entlastet werden. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag daher nicht zustimmen.

Frau Knoefel nimmt den Wortbeitrag von Herrn Krause zum Anlass darauf hinzuweisen, dass die Verwaltung zurzeit mit ihrer Meinung nach zahlreichen unsinnigen Anträgen belastet wird, zu denen sie auch den hier vorliegenden zählt. Dieses ist gerade in Zeiten der herrschenden Corona-Pandemie unangebracht.

Frau Bade und Herr Paatsch erläutern für die SPD-Fraktion ebenfalls die Ablehnung des Antrages. Wenn derartige Anträge gestellt werden, kann erwartet werden, dass die beantragende Fraktion eigenständig Ermittlungen anstellt, die evtl. für das Verfahren hilfreich wären.

Herr Nyveld weist den Vorwurf der Fraktion DIE LINKE zurück, die Verwaltung und die anderen Fraktionen würden das Thema „Nachhaltigkeit“ nicht ernst nehmen, entschieden zurück. Er stellt fest, dass sich DIE LINKE-Fraktion häufig nicht an den direkten Prozessen beteiligt, was beispielsweise durch eine fehlende Mitwirkung in Workshops belegt wird. Gerade im Bereich des ÖPNV ist die Gemengelage in Buxtehude sehr komplex. Das ist im Fachausschuss vorgestellt worden. Es wurde hierbei aber auch deutlich

gemacht, dass der ÖPNV eine wichtige Säule des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit in der Hansestadt Buxtehude darstellt. Dazu wurden auch im Generalverkehrsplan entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Es wäre aus Sicht von Herrn Nyveld wünschenswert, wenn Vertreter der Fraktion DIE LINKE künftig an Veranstaltungen der Verwaltung teilnehmen, wo diese Themen explizit mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden.

Herr Krüger lässt zunächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 04.01.2020 mit folgendem Ergebnis abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 2

Nein- Stimmen: 30

Enthaltungen: 5

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend wird über den von Herrn Lemke gestellten Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 7

Nein- Stimmen: 30

Enthaltungen: keine

Damit ist auch der Antrag abgelehnt.

zu 19 **Vergnügungssteuersatz ab 01.01.2020; Behandlung einer Beschwerde gemäß § 34 NKomVG**
Vorlage: 2020/115

Beschluss:

Die mit Ratsbeschluss vom 04.11.2019 erlassene 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für den Betrieb von Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsapparaten und –automaten mit Gewinnmöglichkeit vom 27.11.2007 wird in der am 04.11.2019 beschlossenen Fassung aufrechterhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 20 **Mitteilungen der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten**

Frau Oldenburg-Schmidt teilt mit, dass die Fraktion B 90/Die Grünen darum gebeten hat, die Bewerbungsunterlagen, die zu der Nominierung des Deutschen Nachhaltigkeitspreises 2021 geführt haben, zur Verfügung gestellt zu bekommen. Sie erläutert, dass das Verfahren sehr komplex und noch nicht komplett abgeschlossen ist. Es wird nach ihrer

Einschätzung zu gegebener Zeit die Möglichkeit geben, Informationen zur Verfügung zu stellen.

zu 21 Behandlung von Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.